

Pressemitteilung

Jahresstatistik 2012 des Müttergenesungswerkes: 14% mehr Mütter und Kinder in Kurmaßnahmen

Berlin, 21. März 2013. Mit einer Ablehnungsquote von 19% für das Jahr 2012 ist die Situation für kranke Mütter, die eine Kurmaßnahme des Müttergenesungswerkes (MGW) beantragen, so gut wie schon lange nicht mehr. Gehen diese Mütter in den Widerspruch, wird der Antrag zu 65% noch positiv beschieden. Diese Bilanz gab das Müttergenesungswerk heute in Berlin bekannt.

„Unsere Einschätzung ist eindeutig positiv und ein Erfolg aller politischen Bemühungen der letzten Jahre“, bilanzierte Marlene Rupprecht, MdB, Kuratoriumsvorsitzende des Müttergenesungswerkes, „mit 44.000 Müttern und 64.000 Kindern, die letztes Jahr in unseren anerkannten Kliniken waren, haben rund 14% mehr Mütter und ihre Kinder eine Kurmaßnahme von den Krankenkassen bewilligt bekommen. Die neue Begutachtungs-Richtlinie, die wir intensiv mitverhandelt haben, wirkt - auch wenn es bspw. regional noch zu große Unterschiede gibt.“

Die Ausgabenstatistik der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) spiegelt diesen Trend wider. Die Ausgaben für Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen für Mütter und Mütter mit Kindern sind 2012 erstmalig wieder gestiegen (+15,7%) und haben nun das Niveau von 2008 erreicht.

Rupprecht kritisiert aber: „Die Verhandlungen um einheitliche Attestformulare stocken seit Monaten. Dies ist noch ein offener Auftrag, den die Politik an die Krankenkassen übergeben hatte. Bundesweit einheitliche Formulare sollen auch das einheitliche Vorgehen bei der Antragsbearbeitung fördern. 65% Erfolgsquote bei Widersprüchen zeigt, dass von einem durchgängigen einheitlichen Verfahren der Antragsbearbeitung bei den Krankenkassen noch nicht die Rede sein kann.“

Nach einem Prüfbericht des Bundesrechnungshofes im Jahr 2011 hatten mehrere Ausschüsse des Deutschen Bundestages fraktionsübergreifend klare Aufträge an MDS und GKV-Spitzenverband Bund der Krankenkassen formuliert, die dafür sorgen sollen, dass kranke Mütter bessere Chancen auf die Bewilligung einer Mütter- oder Mutter-Kind-Kur haben, wenn sie medizinisch erforderlich ist. Die Gesundheitsleistung ist seit 2007 im Pflichtleistungskatalog der GKV. In den letzten Jahren war jedoch die Zahl der Ablehnungen trotz anhaltend hohem Bedarf immer weiter gestiegen, so dass immer weniger Müttern eine Kurmaßnahme bewilligt wurde. Die neue Begutachtungs-Richtlinie ist seit 07. Februar 2012 in Kraft.

Mütter- und Mutter-Kind-Kurmaßnahmen des Müttergenesungswerkes sind hochqualifizierte medizinische Maßnahmen, die nach einem besonderen frauenspezifischen, ganzheitlichen Konzept arbeiten. Sie stärken nachhaltig die Gesundheit der Mütter und fördern so auch das gesunde Aufwachsen der Kinder.

Weitere Informationen zu Mütter- und Mutter-Kind-Kurmaßnahmen sowie das aktuelle statistische Material finden Sie unter: www.muettergenesungswerk.de

Situation in Bergisch Gladbach:

In Bergisch Gladbach vermittelt neben den Krankenkassen die Caritas in Mütter – Kind, bzw. Vater-Kind Kuren, für den gesamten Rheinisch-Bergischen Kreis.

Der Jahresbericht der Kurberatung im Fachdienst Familie und Frauen, Caritas Rheinisch-Bergischer Kreis, verdeutlicht, die Veränderungen durch die neue Begutachtungslinie, die im Februar 2012 eingeführt wurde. Ziel war dabei, Transparenz in der Bewilligungspraxis zu erzielen.

Die Beratungsstelle vermittelte:

	Beratung	Durchgeführt	Mutter-Kind-Kur	Mütterkur	Vater-Kind-Kur
2011	192	61	46	15	0
2012	212	106	91	15	0

14 Kuranträge wurden abgelehnt, davon legten 3 Frauen erfolgreich Widerspruch ein.

Von den 2012 beratenen Frauen kamen 48% aus Bergisch Gladbach.

Daten zum Hilfetelefon ‚Gewalt gegen Frauen‘

Das Bundesfrauenministerium geht davon aus, dass in Deutschland 40 Prozent aller Frauen schon einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt geworden sind. Durch ihren Partner haben 25 Prozent mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren und 13 Prozent aller Frauen wurden Opfer sexueller Gewalt.

Zielgruppe: Von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen, Angehörige, Menschen aus dem sozialen Umfeld der Betroffenen und Fachkräfte.

Beratung: Betreut wird das Telefon von 60 weiblichen Fachkräften, mit Erfahrungen in der Sozialarbeit, Krisenprävention und Beratung von gewaltbetroffenen Frauen. Gesetzlich sind 80 Beraterinnen vorgeschrieben.

Erreichbarkeit: Das Telefon steht rund um die Uhr anonym und vertraulich zur Verfügung. Es ist kostenlos, barrierefrei und bietet mehrsprachige Beratung mit Hilfe von Dolmetscherinnen. Das online-Angebot (www.hilfetelefon.de) stellt eine E-Mail- und Chatberatung sowie die Möglichkeit der Gebärdendolmetschung bereit.

Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit: Die barrierefreie Beratung in bisher 15 Sprachen gilt für die Verbesserung des Hilfeangebot für gewaltbetroffene Frauen als besonders wichtig. Behinderte Frauen sind zwei- bis dreimal häufiger Opfer von Gewalt als der weibliche Bevölkerungsdurchschnitt.

Rund 75 Prozent der gehörlosen Frauen haben mindestens einmal oder mehrfach in ihrem Leben Gewalt erfahren. Frauen mit Migrationshintergrund werden sehr viel öfter als deutsche Frauen Opfer gewalttätiger Übergriffe, zeigt eine repräsentative Studie zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland.

Ziel des Hilfetelefon ist eine qualifizierte reibungslose Erstberatung und die Weitervermittlung an lokale Unterstützungseinrichtungen. Für die Vermittlung wurden die regionalen Beratungsstellen und Frauenhäuser erstmals in einer Datenbank erfasst. Angesiedelt ist das bundesweite Hilfetelefon beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) in Köln. Das Bundesfrauenministerium wird die Wirksamkeit des Hilfetelefon nach fünf Jahren evaluieren und das BAFzA jährlich einen Sachstandsbericht zur Inanspruchnahme des Hilfetelefon sowie den Leistungen veröffentlichen.

Das Frauenministerium kündigte das Frauenministerium an. Zusätzlich soll ein Beirat eingerichtet werden.

Legislativer Hintergrund:

Das ‚Hilfetelefongesetz‘

Die Bereitstellung eines Beratungs- und Nottelphones für von Gewalt betroffene Frauen ist Bestandteil des schwarz-gelben Koalitionsvertrages. Das entsprechende Gesetz war am 14. März des vergangenen Jahres in Kraft getreten (Hilfetelefongesetz, BGBl I Nr. 13). Die Freischaltung hätte demnach Ende 2012 stattfinden sollen. Trotz des in Deutschland breiten Netzes aus lokalen Unterstützungseinrichtungen – Hilfetelefone ebenso wie Frauenhäuser – erreichen die Angebote nur eine kleine Zahl der Betroffenen. Fachpersonen hatten deshalb immer wieder ein anonymes kostenfreies Hilfeangebot gefordert. Dieses müsse mehrsprachige Beratung abdecken, damit diese

nicht an sprachlichen Hürden oder Hemmnissen scheitern und die Finanzierung müsse losgelöst vom Bundeshaushalt sein, so die Forderungen. Gleichzeitig dürfe das Hilfetelefon nicht die Finanzierung der bestehenden regionalen und lokalen Hilfetelefone beeinträchtigen oder gefährden.



Zwd, Nr. 308/2013

Situation in Bergisch Gladbach:

Auf der städtischen Internetseite des Frauenbüros / der Gleichstellungsstelle ist ein Link hinterlegt.

Stressreport Deutschland 2012

Erschöpfung in Gesundheits- und Erziehungsberufen am höchsten

zwd Berlin (kl). Hauptursache von Frühverrentungen sind in Deutschland psychische Überforderungen am Arbeitsplatz. Hierbei sind Frauen stärker betroffen als Männer. Nach dem ersten Stressreport der Bundesregierung waren die Auswirkungen seelischer Belastung unter vollzeittätigen weiblichen Führungskräften im Jahr 2012 am gravierendsten. Weiblich dominierte Arbeitsbereiche – soziale und Gesundheitsberufe – sind von hohem psychischen Stress gekennzeichnet, so das Fazit von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im Rahmen der Vorstellung des Stressreportes am 29. Januar in Berlin.

Bei fast jedem zweiten Erwerbstätigen (43 %) hat der Stress am Arbeitsplatz in den letzten zwei Jahren zugenommen und mehr als die Hälfte der in Deutschland Erwerbstätigen (52 %) arbeitet unter starkem Termin- und Leistungsdruck. Allein im Jahr 2011 waren 59,2 Millionen Krankentage auf psychische Belastung zurückzuführen – in den vergangenen 15 Jahren ein Anstieg von mehr als 80 Prozent. Trotzdem machten sich immer noch viel zu wenige Betriebe Gedanken, wie sie Stress und Burn-Out-Syndrome vermeiden könnten, erklärte Ministerin von der Leyen im Hinblick auf die Studienergebnisse des Stressreportes.

Arbeitsverträge von Frauen öfter befristet als von Männern

Unter den Befragten berichteten Frauen eindeutig häufiger als Männer von Belastungen, die durch Multitasking, Arbeitsunterbrechungen und Monotonie ausgelöst wurden. Die WissenschaftlerInnen der Stressanalyse führen dies auf divergierende Belastungswerte zurück, die aus den ‚geschlechtertypischen‘ Tätigkeitsbereichen resultieren. Darüber hinaus arbeiteten Frauen etwas öfter befristet und belegten quantitative Überforderungen häufiger als Kollegen.

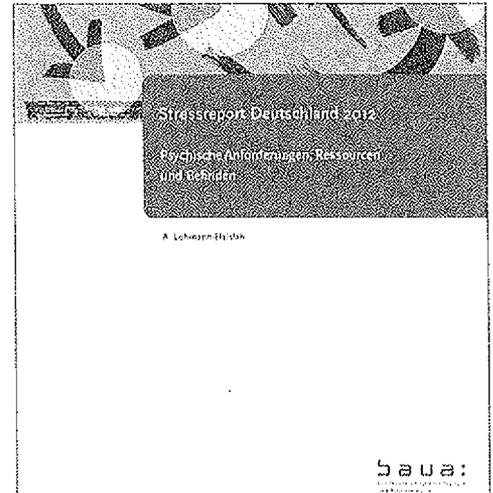
Vor allem gaben vollzeitbeschäftigte Frauen – insbesondere diejenigen mit Führungsverantwortung – Pausenausfall, Stresszunahme und Überforderungen als psychische Belastungsfaktoren an. Teilzeittätige Männer ohne Personalverantwortung hingegen berichteten am seltensten von solchen Problemen. Darüber hinaus wiesen Arbeitnehmerinnen im Schnitt höhere Beschwerdewerte, mehr

Erschöpfung und einen negativeren subjektiven Gesundheitszustand auf. Auch diesbezüglich berichteten vollzeitbeschäftigte Frauen in Führungspositionen am häufigsten von negativen Beanspruchungsfolgen.

Vollzeittätige Frauen arbeiten oft an der Leistungsgrenze

Insgesamt gaben von beiden Geschlechtern die Vollzeitbeschäftigten mehr Erschöpfung und psychovegetative Beschwerden an als jene in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Letztere berichteten hingegen vermehrt von muskulären Beschwerden und schätzten ihren Gesundheitszustand grundsätzlich schlechter ein, heißt es in der Erhebung, die auf Daten von 18.000 Beschäftigten beruht. Diese wurden im Rahmen der Erwerbstätigenbefragung 2011/2012 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) sowie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) befragt.

Bei vollzeitbeschäftigten Frauen falle das „Arbeiten an der Grenze der Leistungsfähigkeit“ durch überproportional hohe Werte auf, heißt es im Stressreport. Darüber hinaus gaben vollzeittätige Frauen vor allem an, „unter verschiedenartigen Arbeitsaufgaben, die gleichzeitig ausgeführt werden mussten“, und „ständig wiederkehrenden Arbeitsvorgängen“ zu leiden. Ebenso waren „sehr schnell arbeiten zu müssen“, stetige Arbeitsunterbrechungen und das Arbeiten an der Grenze der Leistungsfähigkeit häufige Faktoren für hohe psychische Belastungen von Frauen. Männer hingegen berichteten eher von starkem Termin- und Leistungsdruck, von Konfrontation



mit neuen Aufgaben, von Stückzahl-, Leistungs- oder Zeitvorgaben, Verfahren verbessern und Neues ausprobieren zu müssen sowie von kleinen Fehlern mit großen finanziellen Verlusten.

Generell führten Frauen die Stresszunahme häufiger als ihre Kollegen auf quantitative Überforderung zurück, im Hinblick auf eine qualitative Überforderung unterschieden sich die Geschlechter jedoch nicht.

Erziehungswesen weist höchste quantitative Überforderung auf

Nach Ansicht der Fachleute für Arbeitsschutz und –medizin steht die geschlechtlich differenzierbare Belastung am Arbeitsplatz eng mit den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern von Frauen und Männern in Zusammenhang. Denn mengenmäßige Überforderungen treten am häufigsten in den Zweigen Erziehung und Unterricht sowie im Gesundheits- und Sozialwesen auf. Im sozialen Arbeitsbereich war die fachliche Überforderung ebenfalls auffällig stark. Das höchste Maß an Stresszunahme und Überforderung wiesen in den vorangegangenen zwei Jahren Berufstätige in Gesundheitsberufen auf, gefolgt von den Sozial- und Erziehungsberufen sowie den Dienstleistungskaufleuten. Aber auch in tendenziell männlich dominierten Zweigen – den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen – waren Stress- und Überforderung hoch. Die höchsten Prozentsätze für körperliche und emotionale Erschöpfung treten bei den Gesundheits- sowie den Sozial- und Erziehungsberufen auf, die meisten Beschwerden insgesamt sowie muskuläre

Leiden treten bei WarenprüferInnen und VersandfertigmacherInnen auf.

Im Gastgewerbe herrscht häufig Unterforderung

Bei Betrachtung fachlicher Unterforderung führen insbesondere die Felder wirtschaftlicher Dienstleistungen und das Gastgewerbe – vor allem letztere eine vermehrt weiblich dominierte Berufssparte –, am Arbeitsplatz zu psychischer Belastung. Insgesamt gab unter diesen über ein Fünftel an, unterfordert zu sein. Bei der quantitativen Unterforderung hingegen waren die Häufigkeiten zu gering, um Rückschlüsse ziehen zu können.

Führungskräfte klagten nach eigenen Angaben häufiger psychovegetative Beschwerden und fühlen sich öfter erschöpft. Abhängig Beschäftigte ohne Personalverantwortung berichten mehr von muskulären Beschwerden und schätzen ihren Gesundheitszustand insgesamt negativer ein.

Höchsten Handlungsspielraum haben Vollzeitbeschäftigte

Im Geschlechtervergleich der Führungskräfte sind Frauen häufiger von Befristungen betroffen, Männer arbeiten hingegen häufiger in Zeitarbeitsverhältnissen. Unabhängig davon, ob tatsächlich mehr oder weniger als 35 Stunden pro Woche gear-

beitet wird, zeigt der Geschlechtervergleich, dass Frauen einen höheren Handlungsspielraum bei der Einteilung der Arbeit angeben als Männer. Im Gegensatz dazu entscheiden Männer vergleichsweise öfter, wann sie Pause machen und haben einen höheren Einfluss auf die Arbeitsmenge. Beide Geschlechter berichteten in Vollzeitbeschäftigung von einem größeren Handlungsspielraum und mehr Verantwortung als Teilzeitbeschäftigte. Laut den AutorInnen der Analyse ist dies teilweise berufsbedingt, da mehr als die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten Verwaltungs-, Büro-, Sozial- und Erziehungsberufe ausführen oder im Warenhandel arbeiten. ■

Stressreport Deutschland: Auf einen Blick

- Frauen weisen generell höhere Beschwerdewerte als Männer auf, berichten von mehr Erschöpfungszuständen und im Schnitt von einem schlechteren Gesundheitszustand.
- Vollzeitbeschäftigte Frauen in Führungspositionen sind mehrheitlich negativ belastet.
- Besonders hohe Belastungen bestehen im Gesundheits-, Sozialwesen und im Gastgewerbe.
- Deutsche schätzen ihren Gesundheitszustand besser ein als der EU-Durchschnitt, die Erschöpfungsquote liegt weit unter dem EU-Mittel.
- Höchste Belastungszunahme bei Beschäftigten durch „starken Termin- und Leistungsdruck“, „sehr schnell arbeiten müssen“ sowie „detailliert vorgeschriebene Arbeitsdurchführung“.
- Ein Drittel der Befragten lässt Pausen wegen Arbeitsüberlastung ausfallen.
- Circa 17 Prozent der beschäftigten Bevölkerung fühlte sich während der Arbeit häufig körperlich und emotional erschöpft.
- Psychische Belastungen sind mit 41 Prozent aller Rentennewuzugänge inzwischen Ursache Nummer eins für Frühverrentungen
- Verrentungsdurchschnittsalter: 48,3 Jahre
- Kosten: 16,2 Milliarden Euro

Situation in Bergisch Gladbach:

Eine vom Personalrat angeregte verwaltungsinterne Arbeitsgruppe befasst sich zurzeit mit dem Thema Stress/Gesundheit in der Stadtverwaltung.

Pressemitteilung, Berlin, 13. Mai 2013

Helene Weber Kolleg mit neuem Internetauftritt online

Informationsportal für politische Ein- und Aufsteigerinnen

Das Helene Weber Kolleg (HWK) startet heute sein neues Informationsportal www.frauen-macht-politik.de für politisch engagierte Frauen. Die parteiübergreifende Plattform bietet Informationen, Vernetzung und Fortbildung für Frauen in der Politik. Denn: in den deutschen Parlamenten sitzen noch immer zu wenig Frauen, egal ob in den Vertretungen der Städte und Gemeinden, in den Landtagen oder im Bundestag.

Dr. Helga Lukoschat, Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführerin der EAF betont die Notwendigkeit zur Förderung von Frauen in der Politik: „Gegenwärtig stehen in Deutschland die Aufstiegschancen von Frauen in der Wirtschaft ganz oben auf der Tagesordnung. Doch die Präsenz von Frauen in der Politik bleibt nicht minder wichtig, wenn Frauen tatsächlich und nachhaltig Einfluss auf die gesellschaftlichen und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Entwicklungen nehmen wollen. In Deutschland stagniert jedoch seit zwei Dekaden der Anteil von Frauen im Bundestag bei etwas über 30 Prozent. Auf der Ebene der Kommunen, dort wo die Demokratie ihre Basis hat, sind es gerade einmal 25 Prozent Frauen und lediglich 12 Prozent der Oberbürgermeister sind weiblich.“

Das muss sich ändern. Deshalb hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit der EAF Berlin das HWK ins Leben gerufen. Ein bundesweites und parteiübergreifendes Netzwerk für politische Ein- und Aufsteigerinnen. Das HWK bietet unter anderem ein **Mentoringprogramm** an, in dem erfahrene Politikerinnen ihr Wissen an jüngere Kolleginnen weitergeben. Getragen wird das Programm vor allem vom Netzwerk der Helene Weber Preisträgerinnen. Dreißig engagierte Kommunalpolitikerinnen wurden 2009 und 2011 mit dem **Helene Weber Preis** ausgezeichnet und sind mittlerweile als Multiplikatorinnen für den politischen Nachwuchs aktiv. Darüber hinaus ist das HWK international aktiv. Im Projekt „**Demokratie braucht Frauen!**“, das gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und dem BMFSFJ durchgeführt wird, werden politisch und zivilgesellschaftlich aktive Frauen in Tunesien unterstützt.

Neben Projektinformationen bietet www.frauen-macht-politik.de ab sofort umfangreiches Basiswissen zur Kommunalpolitik, Erfahrungsberichte von Politikerinnen sowie einen Aktionsleitfaden. Literaturtipps und Kontakthinweise runden das Angebot ab. Ein weiteres Angebot des Helene Weber Kollegs ist die Wanderausstellung „Mütter des Grundgesetzes“, die auch im Jahr 2013 wieder durch Deutschland tourt.

Das seit 2011 bestehende Helene Weber Kolleg ist seit heute mit einem komplett überarbeiteten und modernisierten Internetauftritt online. Weitere Informationen: www.frauen-macht-politik.de

Kontakt:

EAF Berlin, Julia Chojecka, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Schumannstraße 5 / 10117 Berlin
Tel: 030 - 30 87 760 54; Fax: 030 - 30 87 760 59
Email: chojecka@eaf-berlin.de; Web: www.eaf-berlin.de